

Sigmar Gabriel

Zeitenwende in der Weltpolitik

Mehr Verantwortung
in ungewissen Zeiten

Unter Mitarbeit von Richard Kiessler

HERDER The logo for Herder's 450th anniversary, featuring a stylized '4' and '5' intertwined.

FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Mit Dank an den Keyser-Verlag, München, für die Vermittlung des Buchprojekts

Satz: Daniel Förster, Belgern
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-38328-1
ISBN E-Book: 978-3-451-81504-1

Inhalt

1. Warum dieses Buch	9
2. Die Rückkehr der deutschen Frage	13
Deutschland, ein Sehnsuchtsort	13
Neue deutsche Sonderwege	19
Runter vom hohen Ross	32
3. Auf dem Weg in eine neue Welt	41
Ein schwarzer Juni für den Westen	42
Die weltpolitischen Spielregeln des 20. Jahrhunderts	45
Der neue Multilateralismus à la carte	50
Die Welt im Krisenmodus	57
Die Kehrseite der Globalisierung	63
EXKURS: Die Attraktivität der Autoritären	64
G0-Welt? Modelle einer neuen Ordnung	72
Comeback der alten Imperien	75
Der Westen zwischen Tatenlosigkeit und Misstrauen	77
4. Die Botschaft des Trumpismus	83
Trumps Amerika als schurkische Supermacht	86
Eine neue Lastenverteilung ist nötig	90
Es geht nicht mit Trump, aber auch nicht ohne die USA	92

Auf dem Weg in den Handelskrieg	95
Immer mehr Pulverfässer	101
<i>Hoping for the best – preparing for the worst:</i>	
Die transatlantischen Beziehungen neu gestalten	104
 5. Russland – Nachbar, Partner, Gegner?	 111
Kein Interesse am Status quo mehr	113
Am Anfang Chaos und Zerfall	115
Der Aufstieg des Wladimir Putin	118
Die erneute Entfremdung vom Westen	120
Scheinriese Russland?	125
Wieder Wandel durch Annäherung?	126
Ein Waffenstilland in der Ukraine als Voraussetzung	131
Problematische Pipeline-Politik Europas	134
Politische Naivität vermeiden	138
 6. Die chinesische Herausforderung	 141
Chinas Strategie und die Planlosigkeit des Westens	143
Der chinesische Herrschaftsanspruch – nach außen und nach innen	147
Europäische Antworten?	152
 7. Europa in einer unbequemen Welt	 157
Die EU ohne Großbritannien	159
Die Gefahr des Scheiterns	162
Herausforderungen für unser Wohlstandsmodell	166
»Stronger Europe?«	169
Die Einmaligkeit Europas erhalten – trotz Zuwanderung	176
Mutige Visionen für Europa statt Nettozahler-Legenden	177
Stärken, was uns zusammenhält	180

Das vegetarische Europa in einer Welt voller Fleischfresser	190
Ein Europa als zivile Großmacht	193
Ein Europa mit strategischer Kultur	197
Ein krisenfestes und soziales Europa	199
Ein Europa mit Mütter- und Vaterländern	204
Politik und Werte in und für Europa	208
 8. Der Kampf um Deutschlands Seele	 213
Europas Stabilität hängt an Deutschlands Mitte ..	215
Deutschland hat zu viel Angst	216
Mehr Programme und weniger Gründe	217
Zivile Leitkultur	220
Zu Großem bereit sein, auch im Sozialen	223
Neue Ehrlichkeit in der Flüchtlingspolitik	232
Reizthema Rüstungsexporte	242
Alternde Gesellschaft und Zuwanderung	243
Entschlossener handeln: Abschiebung und Grenzschutz	247
Deutschland muss robuster und eigenständiger werden	252
Deutschland muss mehr Außenpolitik wagen	259
Friedensdiplomatie und kritischer Patriotismus ...	266
 9. Ausblick: Die europäische Antwort	 269
 Dank	 281
Anmerkungen	283
Personenregister	286

Warum dieses Buch

Das britische Nachrichten-Magazin *The Economist*, vielleicht das beste der Welt, widmete vor nicht allzu langer Zeit eine ausführliche Titelgeschichte nur einem einzigen Thema: »Cool Germany«.¹

Voller Respekt und Sympathie beschreiben die Autoren darin eine deutsche Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren offener und vielfältiger geworden ist. Pluralistischer und entspannter. Eine Gesellschaft mit einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Gesellschaft, die von einer bärenstarken Wirtschaft profitiert und von Freunden umgeben ist. Nie in seiner Geschichte ging es unserem Land so gut.

Deutschland ist in jeder Hinsicht zu einem Sehnsuchtsort geworden. Für Zigtausende junge *party people*, die nach Berlin kommen, auf der Suche nach dem vielleicht besten Nachtleben der Welt. Aber auch für Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten, die nach Deutschland kommen – auf der Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben.

Hier endet die »coole« Komfortzone: Denn in der Analyse des *Economist* geht es auch um die unzureichende deutsche Flüchtlingspolitik: Sie steht stellvertretend für die Herausforderungen an Deutschland in einem neuen Zeitalter. Eine Epoche, in der die Grundfesten der (west-)deutschen Nachkriegsordnung massiv infrage gestellt werden.

Innenpolitisch angesichts eines Parteiensystems im Umbruch, in dem die großen Volksparteien SPD und Union, die Deutschlands Schicksal seit Jahrzehnten geprägt haben, dramatisch an Zustimmung und politischer Bindungskraft verlieren.

Wirtschaftlich angesichts eines furiosen technologischen Wandels, der sich mit einer nie gekannten Dynamik vollzieht. Das Megathema künstliche Intelligenz und die Neuerfindung des Autos durch Elektromobilität und autonomes Fahren haben für zusätzliche Beschleunigung gesorgt. Die Konsequenzen für den Industriestandort Deutschland, zumal für seine Vorzeigebbranche Fahrzeugbau und den gesamten Automotive-Bereich, lassen sich kaum überschätzen.

Geostrategisch angesichts einer Weltordnung in Unordnung mit zunehmenden Kriegen und Konflikten auch in Europas Nachbarschaft. Gleichzeitig ist offen, wie die Europäische Union und das transatlantische Bündnis, ja der Westen überhaupt, als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik, die jeweiligen Sinnkrisen überwinden sollen.

Sozial angesichts von Zuwanderung und demografischem Wandel. Vor allem aber angesichts einer Arbeitsgesellschaft, die sich rasant verändert und unser Verständnis von Bildung und Berufstätigkeit vor neue Herausforderungen stellt. Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung etwa gehen davon aus, dass perspektivisch nicht weniger als 25 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland automatisierbar sind – und wir reden hier nicht nur von *Blue-Collar-Jobs*. Das Szenario, dass in naher Zukunft Roboter Roboter-Autos bauen, ist längst keine Science Fiction mehr.

Zum ersten Mal betrifft eine technische Revolution auch massiv Berufe, die bislang nicht nur als sicher galten, sondern von denen man eher einen Aufbau von Beschäftigung angenommen hatte: technische Angestellte, Betriebswirte, Kaufleute, Designer, Ingenieure und viele mehr. Führt in der Vergangenheit Rationalisierungsprozesse eher zum Verlust von Arbeitsplätzen mit geringeren

Qualifikationsanforderungen, so trifft die digitale Revolutionierung unserer Wirtschaft jetzt vor allem mittlere und gehobene Qualifikationen. Ganz unten und ganz oben in der Qualifizierungsdifferenzierung bleiben die Arbeitsverhältnisse eher konstant oder wachsen sogar, in der Mitte aber geraten die Beschäftigten massiv unter Druck. In dem gesellschaftlichen Segment also, das für die innere Stabilität unserer Demokratien so wichtig ist.

Vollzogen sich grundlegende technologische Veränderungen früher weitgehend im Takt der Generationen, so müssen Menschen heute mehrfach in ihrem Berufsleben mit dramatischen Änderungen ihres Qualifikationspotenzials rechnen. Hinter dem Schlagwort »Disruption« verbirgt sich also weit mehr als »nur« das Verschwinden klassischer Unternehmen und das Entstehen neuer. Es ist die Ungleichzeitigkeit von Generations- und technologischer Entwicklung, die zum erheblichen Stressfaktor nicht nur für jeden einzelnen Menschen, sondern vor allem für unsere demokratischen Gesellschaften insgesamt werden wird. Dieser Prozess vollzieht sich weltweit, sodass es schwieriger wird, auf Wachstumsmärkte außerhalb Deutschlands und Europas auszuweichen.

Immer klarer wird: Die großen Fragen nach Deutschlands Zukunft, nach seiner gesellschaftlichen Perspektive, seiner ökonomischen und sozialen Zukunft und nach seinem Platz in der Welt bleiben in fahrlässiger Weise unbeantwortet. Die Zentralmacht Europas ist orientierungslos: Wirtschafts-, Sicherheits- und Migrationskrisen drohen sich zu einem »perfekten Sturm« zu bündeln. Das Fatale ist: Deutschland hat den Ernst der Stunde noch nicht begriffen, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash zu Recht meint.²

Wie begegnen wir also diesem Sturm? Um die Antworten ist in Deutschland längst ein politischer Kampf entbrannt. Ein Kampf zwischen denen, die den Rückzug aus der Welt und die Rückbesinnung auf das Nationale durchsetzen wollen, und denen, die sich in die risikoreiche neue Welt des 21. Jahrhunderts einmischen und sie

1. Warum dieses Buch

gestalten wollen. Ohne sicher zu sein, dass uns das gelingt. Es ist auch ein Kampf um Deutschland und um die Seele der Deutschen. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir nicht tatenlos abwarten können, sondern Verantwortung übernehmen müssen, habe ich dieses Buch geschrieben.

2.

Die Rückkehr der deutschen Frage

Deutschland, ein Sehnsuchtsort

In Deutschland leben mehr als 80 Millionen Menschen. Es ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von 3,26 Billionen Euro vor Großbritannien mit 2,32 Billionen Euro die mit Abstand größte Volkswirtschaft Europas und nach den USA, China und Japan die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Wir gelten als einer der Motoren der Weltwirtschaft und als »Zugmaschine« Europas. Und auch der deutsche Anteil am Weltsozialprodukt ist mit 3,4 Prozent angesichts unseres weltweiten Bevölkerungsanteils von 1,1 Prozent durchaus bemerkenswert. International ist unser Land als friedliebend und demokratisch geachtet und bei vielen anderen Nationen sogar überaus beliebt.

Kein Wunder also, dass Deutschland zu einem Sehnsuchtsort geworden ist. Ein Ort, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika an der Schwelle zum 19. und später zum 20. Jahrhundert waren. Für unser Land schafft die millionenfache Zuwanderung der letzten Jahre Herausforderungen und Probleme, die uns noch lange beschäftigen werden. Denn so verständlich die Hoffnung vieler Menschen ist, hier bei uns ein besseres Leben für sich und für ihre Kinder aufzubauen,

en zu können, so klar muss auch sein, dass wir nicht alle aufnehmen können. Uns fehlen, geografisch gesehen, die Weiten Amerikas und wohl auch die Mentalität dieses Landes, das jeden einlud, dort »*the pursuit of happiness*«, das Streben nach einem glücklichen Leben, für sich zu finden.

Und doch ist es wirklich ein Wunder, dass Deutschland, vor etwas mehr als einer Generation noch ein furchterregender Ort, der im Rest der Welt Angst und Schrecken verbreitete, heute dieser Sehnsuchtsort geworden ist. »Wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein, im Innern und nach Außen«. Dieses Credo, das der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ausgab, ist Realität geworden.³

In meiner persönlichen Erinnerung war dies keineswegs immer selbstverständlich. Meine Kindheit verbrachte ich in einem Viertel meiner Heimatstadt Goslar, das für Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten neu gebaut worden war. Ich wuchs mitten unter Schlesiern, Ostpreußen und auch Balten auf, die als frühere Angehörige der Waffen-SS nicht mehr in die nunmehr von der Sowjetunion besetzte Heimat zurückkehren konnten. Am Ortseingang hing ein großes Plakat mit einer Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937. Die Farben Schwarz, Rot und Gold standen für Westdeutschland, die »Ostzone« und die von Russland und Polen annektierten ehemaligen deutschen Ostgebiete. Darunter der Schriftzug: »Dreigeteilt? Niemals!«

Etwas weniger farbig, aber mit den gleichen Grenzmarkierungen waren die Landkarten für unseren Erdkundeunterricht bis zur 10. Klasse der Realschule ausgestattet. Die DDR wurde als »SBZ« – Sowjetische Besatzungszone – bezeichnet, Ostpreußen und Schlesien als »derzeit unter russischer beziehungsweise polnischer Verwaltung.« Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wie sie erst viele Jahre später unter Willy Brandt und dann völkerrechtlich abschließend unter Helmut Kohl 1990 erfolgte, galt als »Landesverrat«.

Auch mein aus dem Riesengebirge in Schlesien stammender Vater diffamierte die Polen nur als »Polacken« und für meine Großmutter war Frankreich der »Erbfeind«.

Viele Jahre später holten mich diese Kindheitserinnerungen ein. Ich war inzwischen Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und traf auf Herbert Hupka, damals bereits Ehrenvorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier. Hupka war für viele Sozialdemokraten in Deutschland lange Jahre der Inbegriff eines »Revanchisten«. 1972 kehrte er als Bundestagsabgeordneter der SPD den Rücken, wechselte zur CDU und wollte helfen, Willy Brandt als Kanzler wegen dessen Ostpolitik zu stürzen.

Die schlesische Landsmannschaft bat im Jahr 2000 darum, ihre Treffen wieder in Hannover abhalten zu können. 1990 waren sie nach der Wahl von Gerhard Schröder als Ministerpräsident von Niedersachsen nach Nürnberg ausgewichen, weil der damals neu ernannte Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, der Landsmannschaft die Zuschüsse gestrichen hatte. Die Begründung für die Einstellung der Zuschüsse hatten jahrelange rechtsradikale Ausfälle auf den Schlesiertreffen und entsprechende Artikel im Verbandsorgan *Der Schlesier* geliefert. Ich stellte der Landsmannschaft eine erneute finanzielle Förderung für den Fall in Aussicht, dass sie derartige rechtsextreme Propaganda unterlasse. Die Vertreter der Schlesier versprachen hoch und heilig, diese Zeiten seien endgültig vorbei. Nur am Rande sei bemerkt, dass die Schlesier am Ende leider doch nicht nach Hannover zurückkehrten. Vermutlich zahlten die Bayern einach besser als wir Niedersachsen.

Als ich im weiteren Verlauf des Gesprächs mit Hupka über meine Besuche auf früheren Schlesiertreffen in meiner Kindheit erzählte und berichtete, dass ich dort sogar in einem Akkordeonorchester musiziert hätte, fragte mich Herbert Hupka vorsichtig, ob ich denn einen Walter Gabriel kennen würde. »So könnte man es ausdrücken«, antwortete ich, denn der sei mein Vater. Die schockierten Blicke der Vertreter der Landsmannschaft werde ich nie vergessen.

Denn dieser Walter Gabriel war ihnen natürlich gut bekannt: Als Autor rechtsradikaler und revanchistischer Propaganda in der Zeitung *Der Schlesier* und in deren Beilage *Die Bergwacht*. Ein Sozi mit einem Nazi zum Vater!

Die »Deutsche Frage« beschäftigte bis 1990 viele als Teil ihrer Familiengeschichte und der politischen Realität. Keineswegs musste das wie bei meinem Vater enden. Bemerkenswert war etwa die Haltung in der Familie meiner Mutter: Auch sie waren Flüchtlinge aus dem katholischen Ostpreußen. Vor allem die Frauen hatten auf der Flucht Fürchterliches erlebt, und manche waren davon für ihr Leben gezeichnet. Doch so sehr sie sich auch der verlorenen Heimat verbunden fühlte, so wenig spielten dort revanchistische Ideen eine Rolle. Im Gegenteil: Ich sehe meine Mutter und ihre Schwestern noch vor mir, wie sie Anfang der 1980er-Jahre Care-Pakete für die in ihrer alten Heimat lebenden Polen packten, die sie bei einer ihrer späteren Reisen dort kennengelernt hatten und die unter dem kommunistischen Regime jetzt in großer Not lebten. Vielleicht erinnerte sich meine Mutter daran, wie wenig die Bauern im kleinen Dorf in Ottbergen nahe Hildesheim nach 1945 bereit waren, der zwangseinquartierten Flüchtlingsfamilie aus der Nähe von Königsberg beim Überleben zu helfen. Hätte es im benachbarten Kloster nicht einen Mönch aus der Heimatstadt der Familie meiner Mutter gegeben, der sie ab und zu mit Nahrungsmitteln versorgte, ihre Lebensumstände wären noch dramatischer gewesen.

Aus diesem in sich zerrissenen und orientierungslosen Deutschland entstand erst die westdeutsche und dann die gesamtdeutsche Bundesrepublik. Ein friedliebendes und wohlhabendes Land. Es war die Frucht harter Arbeit vieler Millionen Frauen und Männer, unter ihnen auch die Vertriebenen, ohne deren Leistungswillen und Kraft unser Land diesen Aufstieg nicht geschafft hätte. Nicht zu vergessen diejenigen, die aus anderen Ländern zu uns kamen und die wir viel zu lange zu »Gastarbeitern« erklärten und die sich auch selbst viel zu lange so sahen.

Dieses neue Deutschland in der Mitte Europas konnte entstehen, weil unsere Nachbarn bereit waren, mit uns einen neuen Anfang zu wagen. Sie waren nämlich mit einer anderen »Deutschen Frage« beschäftigt: die friedliche Einbindung Deutschlands in Europa. In Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Italien waren es mutige Politikerinnen und Politiker, die nur wenige Jahre nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges ausgerechnet uns Deutsche einluden, an den Tisch zivilisierter Völker zurückzukehren. Es dürfte für die Menschen in diesen Ländern nicht gerade populär gewesen sein, ausgerechnet auf die Deutschen zuzugehen, die doch erst wenige Jahre zuvor brandschatzend und mordend durch ihre Heimatstaaten gezogen waren.

Nicht zuletzt haben wir den Vereinigten Staaten von Amerika zu danken. Der Aufbauplan für Europa, der berühmte »Marshall-Plan« des früheren Generals George C. Marshall, war durchaus kein karitativer Akt, sondern eine weitsichtige strategische Leistung, um den alten Kontinent nicht abermals in reaktionäre und nationalistische Zeiten zurückfallen zu lassen. Nicht noch ein drittes Mal innerhalb eines Jahrhunderts wollten die Amerikaner ihre Söhne und Töchter in einen Krieg nach Europa entsenden müssen. Deshalb musste Deutschland eingebunden und ein erneuter deutscher Sonderweg verhindert werden.

Wenn der heutige US-Präsident Donald Trump Europa für eine antiamerikanische konspirative Vereinigung hält, kann man ihm nur empfehlen, den »Marshall-Raum« des Weißen Hauses besuchen würde. Gleich hinter der Tür kann er an der Wand die kurze Rede dieses Mannes mit seiner großen strategischen Weitsicht lesen. Für George C. Marshall war ein geeintes Europa keine Gefahr, sondern ein Interesse der Vereinigten Staaten.

Für mich ist das europäische Projekt heute auch deshalb noch ein Wunder, weil es mit der Europäischen Union gelungen ist, in nur etwas mehr als einer Generation aus erbitterten Feinden erst Partner und dann sogar Freunde werden zu lassen. Meine Großmut-

ter und mein Vater hätten sich nicht vorstellen können, dass Frankreich eines Tages unser wichtigster Verbündeter werden und Polen gemeinsam mit uns der Europäischen Union angehören würde. Noch als Jugendlicher, daran erinnere ich mich, stießen wir auf einer Konfirmandenfreizeit in den Niederlanden auf erhebliche Ressentiments gegenüber uns Deutschen. Wer damals prophezeit hätte, dass die niederländische Regierung wenige Jahrzehnte später einen Teil ihrer Streitkräfte unter deutsches Kommando stellen würde, wäre ins Reich der Fantasie verwiesen worden.

Während sich die »Deutsche Frage« innerhalb Deutschlands immer auf die Überwindung der deutschen Teilung bezog, stand sie bei unseren Partnern und Alliierten also für eine Strategie, die Deutschland unauflöslich mit seinen früheren Feinden verbinden sollte. Geschichte und Geografie Deutschlands sollten in neu geschmiedeten Allianzen ein Gegengewicht und der jahrhundertlange Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie Europas ein Ende finden. Die Antwort auf diese »Deutsche Frage« war die Einbindung in die westlichen Bündnissysteme. Sie waren und sind bis heute der Garant, dass das große Deutschland auch nach seiner Wiedervereinigung nie wieder zu einer Gefahr für seine Nachbarstaaten werden kann.

Alles gut also? Deutschland, der sanfte Hegemon Europas? Ein Land, vor dem niemand mehr Angst haben muss? Es stimmt, dass die Bundesrepublik ein friedfertiges Land geworden ist. Wir sind keine militärische Bedrohung für unsere Nachbarn und wollen es auch nicht sein. Und es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum sich daran etwas ändern sollte.

Doch die »Deutsche Frage« ist zurückgekehrt – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Wir halten uns raus, wo unsere Partner und Nachbarn sich mehr Einmischung wünschen. Der deutsche Sonderweg heute könnte darin bestehen, uns von der Verantwortung für Europa und seine Rolle in der Welt fernzuhalten. Nicht militärische Dominanz, sondern die Dominanz des Nicht-Handelns

ist heute die Gefahr, die von Deutschland ausgeht. Wir können jedoch nicht den Wunschtraum mancher erfüllen wollen, eine »größere Schweiz« zu sein. Deutschland ist schlicht zu groß, um sich raushalten zu können. Weder bei der Stabilisierung der Währungsunion noch bei der Bekämpfung sozialer Ungleichheit, weder bei der Wettbewerbsfähigkeit Europas noch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann Deutschland einfach abwarten. Das gegenwärtige Kurzpassspiel der deutschen Politik riskiert Europas Zukunftsfähigkeit und politische Durchschlagskraft.

In vielen Ländern Europas verstärkt dies den Eindruck, dass die Idee eines geeinten Europa nur noch eine hohle Phrase von Berufseuropäern geworden ist. Oder wie es der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz, formuliert: »Wir haben die großartige Idee eines geeinten Europas in die Hände der Bürokraten gegeben. Und jetzt verwechseln die Bürger die Technokraten mit der Idee.«

Deutschland wird also lernen müssen, seiner Rolle auf eine neue Art gerecht zu werden. Nicht als Hegemon, aber auch nicht als politischer Abstinenzler. Sind wir auf unsere neue Rolle vorbereitet? Offenbar nur unzureichend. Anders lässt sich nicht erklären, warum wir Deutsche die dramatischen Veränderungen in der Welt und in Europa nicht endlich zum Anlass nehmen, mindestens so viel Mut aufzubringen wie die Gründungsväter des europäischen Projektes nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals ging es um Leben und Tod. Was für ein Glück wir doch haben, dass es heute nur meist noch ums Geld geht.

Neue deutsche Sonderwege

Wie aber kann Deutschland sich ändern? Wir Deutsche sind oft damit zufrieden, uns im Reich des Wünschbaren aufzuhalten. Wir fühlen uns dabei anderen überlegen, die im schnöden Hier und Jetzt

verhaftet zu sein scheinen. Dies ist keine neue deutsche Eigenschaft. Schon Heinrich Heine machte sich darüber in seinem »Wintermärchen« lustig:

*»Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.
Hier üben wir die Hegemonie,
Hier sind wir unzerstückelt;
Die andern Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.«*

Nun werden viele einwenden, dass Deutschland in den letzten Jahren doch viel Verantwortung übernommen habe und neben seiner Rolle als wirtschaftliche Führungsnation längst auch die politische Führungsposition behauptete. Das gelte mindestens bis zur Präsidentschaft von Emmanuel Macron in Frankreich. Seither erlebten wir allerdings einen »Wachwechsel« in Europa von Merkel zu Macron.

Dieser Einwand mag bezüglich der Wirtschafts- und Finanzpolitik berechtigt sein. Hier hört in Deutschland der Spaß auf. In keinem anderen Politikfeld verteidigt Deutschland seine ökonomischen Interessen derart hart und kompromisslos. So sehr wir etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik hin- und her gerissen erscheinen mögen, so klar ist die deutsche Haltung, wenn es um Bewahrung der wirtschaftlichen Dominanz geht. Europa wird in Deutschland oft mit Wirtschaft und Finanzen gleichgesetzt. Einer der Gründe, warum selbst überzeugte Europäer wie Wolfgang Schäuble und gewiss auch Angela Merkel derart vehement für die Einhaltung der finanzpolitischen Regeln in der Europäischen Währungsunion gestritten haben, war ihre Sorge um das Vertrauen der Deutschen in Europa. Beide sind gewiss auch überzeugt von der europäischen Schuldenbremse und davon, dass niemand zulasten anderer Mitgliedsstaaten

unkontrolliert seine Schulden vergrößern darf. Vor allem aber glaubten die beiden Christdemokraten, dass ein Vertrauensverlust der deutschen Bevölkerung in die Seriösität und die Stabilität der Währungsunion gleichbedeutend mit der Abkehr vom gesamten europäischen Projekt verbunden gewesen wäre. Ehe die Deutschen den Wert ihrer Währung aufs Spiel setzen, würden sie sagen: Dann lieber allein. Das ist der tiefere Sinn des Satzes von Angela Merkel: »Scheitert der Euro, scheitert Europa«.

Diese Bereitschaft, in Europa die eigenen deutschen Interessen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, passt zur Tendenz, sich an anderer Stelle aus der Suche nach einigenden europäischen Strategien und Lösungen herauszuhalten. Als Mitglied der Bundesregierung, als Vorsitzender der SPD und als Vertreter Deutschlands auf internationalem Feld habe ich erlebt: Unsere Nachbarn nehmen ein Deutschland wahr, das so sehr an seine gute Mission glaubt, dass es dabei die anderen um sich herum nicht mehr versteht, ja sogar missachtet und auf sie herabschaut. Ein Land, das sich damit zufriedengibt, sich im Recht zu fühlen und oft gar nicht bemerkt, wie sehr sich unsere europäischen Nachbarn von uns entfernen, wie unverständlich und am Ende ablehnend sie reagieren. Ich nenne mit Energiewende, Freihandelsabkommen und Flüchtlingskrise drei Beispiele, die meine Beobachtungen verdeutlichen.

Beispiel Energiewende

Nach Jahrzehnten einer harten und unversöhnlichen inneren Auseinandersetzung war sich Deutschland spätestens nach dem Reaktorunglück im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im Jahr 2011 einig, dass ein Ausstieg aus dieser Technologie bei gleichzeitigem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien unabdingbar geworden war.

Doch die deutschen Nachbarländer haben damals völlig irritiert auf uns geblickt. Kurz vor dem Reaktorunglück hatte die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungskoalition von

CDU/CSU und FDP nämlich verkündet, die alten Kernkraftwerke in Deutschland – entgegen den früheren Ausstiegsbeschlüssen der Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder – rückgängig machen zu wollen. Statt ab 2020 aus der Atomenergie zur Stromerzeugung auszusteigen, wollte die neue Regierung nun sogar auch die älteren Kernkraftwerke um zwölf bis vierzehn Jahre länger nutzen als geplant. Der Jubel unter den Kraftwerksbetreibern war entsprechend.

Dann die plötzliche Kehrtwende innerhalb nur weniger Monate. Wegen eines Reaktorunglücks im viele tausend Kilometer entfernten Japan galten ab sofort all die Atomkraftwerke in Deutschland als zu risikoreich, für deren sicherheitstechnische Spitzentechnologie die Kanzlerin und ihrer Regierungskoalition eben noch so vehement eingetreten waren. Die drohende Wahlniederlage von Union und FDP im Kernkraftwerksland Baden-Württemberg vor Augen, sollte nun schneller als unter SPD und Grünen aus der Atomenergie ausgestiegen werden. Vor allem die deutsche Wirtschaft sah sich in kurzer Zeit zwei diametral entgegengesetzten energiepolitischen Grundsatzentscheidungen gegenüber. Nur eine sehr starke Volkswirtschaft wie die deutsche konnte dieses waghalsige Wendemanöver überstehen. Oder anders ausgedrückt: Den Wechsel von Diagnose und Therapie mitten in der energiepolitischen Operation am offenen Herzen der deutschen Volkswirtschaft überstand der Patient nicht wegen der Fähigkeiten der Chefarzte, sondern nur aufgrund seiner robusten Gesundheit.

In der Folge aber wuchsen natürlich die Treibhausgasmengen, die Deutschland aufgrund seines Ausstiegs aus der CO₂-freien Nukleartechnologie mit seinen Kohle- und Gaskraftwerken produzierte. Die in Europa vereinbarten Klimaziele, die in unserer nationalen Diskussion bereits als zu schwach kritisiert wurden, erforderten nach dem Ausstieg aus der Atomenergie nun noch dringlicher auch den Ausstieg aus der Stein- und Braunkohle zur Stromerzeugung und einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.